

Erstausgabe in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Monatlicher Preis  
für ganz Deutschland 1 M. 00 Pf. pro  
Quartal.  
Monatlicher Preis  
weshalb bei allen deutschen Verlegern  
auf den 1. und 4. Monat, und auf den  
3. Monat besonders angenommen; im  
Königst. Sachsen und Herzogth. Sachsen-  
Weimar auch auf den 1ten Monat  
bei Courtauld & Co. Leipzig.  
Inserate  
letz. Veranlagungen pr. Zeile 10 Pf.,  
letz. Privatangelegenheiten und Briefe pr.  
Zeile 5 Pf.

# Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Verlegungen  
nehmen an alle Postanstalten und Buch-  
handlungen des In- u. Auslandes.  
Hilfs-Expeditionen.  
New-York: Geo. Demer, New-York-  
Postoffice, 154 E. 10th St.  
Philadelphia: S. P. S., 630 North  
3rd Street.  
J. Wash. 1129 Charlotte St.  
Boston N. J.: J. H. Soutz, 215 Wash-  
ington St.  
Chicago: A. B. Sauer, 74 Clybourn-  
San Francisco: J. H. Soutz, 418 O'Farrell St.  
London W.: G. Soutz, 8 New St.  
Golden Square.

Nr. 61.

Sonntag, 27. Mai.

1877.

## Abonnements auf den „Vorwärts“

für Monat Juni zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für **Wolkmarisdorf, Reudnitz, Neuschönefeld** etc. bei Frau Engel, Reudnitz, Tauschenweg 29, 2 Tr., für **Sonnenwih** etc. bei Haderer, Kurze Str. 10 part., für **Kleinöschke** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10 I, für **Thonberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39 II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Schan, 15 I, für **Plagwitz-Lindenu** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Schöps** etc. bei A. Hermersdorf, Lindenbühl Str. 7, für **Stötteritz** bei Grube, An der Papiermühle, angenommen.  
Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

## Die Quintessenz des Sozialismus.

Von E. A. Schramm.

I.

Vor längerer Zeit ist die vorstehend bezeichnete Schrift des Professors Schäffle in diesem Blatte anerkennend besprochen und warm empfohlen worden. Auch ich kann mich dem damals ausgesprochenen Urtheile nur anschließen und das eingehendste Studium dieser Broschüre allen Gesinnungsgenossen anrathen; sie werden darin das Material zur Widerlegung vieler landläufiger Angriffe finden, andererseits wird aber auch so mancher von unseren Heißhörnern seine utopistischen Ansichten über die später einmal nothwendig werdende Umgestaltung der heutigen Form des Eigentums, des Erbrechts, der Familie und Ehe an den Ausführungen Schäffle's klären und berichtigen können.

Wenn ich nun nochmals auf diese Schrift zurückkomme, so geschieht es, weil ich das Parteiorgan für den Platz halte, an welchem die Ideen der so wichtigen Angriffe Schäffle's zurückzuweisen, seine falschen Schlüsse aufgedeckt und die in der sonst so klaren Schrift enthaltenen Irrthümer berichtigt werden müssen. Da dies von anderer Seite noch nicht geschehen ist, will ich mich der, meines Erachtens im Interesse der Sache unabweisbaren, Aufgabe hier unterziehen.

Professor Schäffle bestreitet die Richtigkeit der Marxschen Werththeorie, wie das alle, der französischen Schule angehörenden Ökonomen thun; er führt als Hauptargument den Satz in das Feld, daß nicht nur die Arbeit, sondern auch der Gebrauchswert der Waaren den Tauschwert bestimme.

Ich glaube in meinen früheren Artikeln, auf die ich hier wohl Bezug nehmen darf, die Marxsche Werththeorie für Jedermann verständlich dargestellt auch das völlig Unzutreffende der von Herrn Professor Schäffle dagegen entwickelten Theorie nachgewiesen zu haben; trotzdem oder vielmehr gerade deshalb gefesse ich zu, daß der erhobene Einwand nicht ohne eine gewisse Berechtigung ist.

Es giebt ja eine große Menge von Tauschobjekten, deren Tauschwert sich nicht auf die darin enthaltene allgemein menschliche, gesellschaftlich nothwendige Arbeit zurückführen läßt. Man braucht, um dies darzutun, kein so unzutreffendes Beispiel zu wählen, wie es Herr Professor Roscher in der 12. Auflage seiner „Grundlagen der Nationalökonomie“ Seite 433 thut, wo behauptet wird, daß Käse durch den bloßen Aufschub der Verzehrung einen beträchtlich höhern Werth erlangen könne.

Der gelehrte Herr glaubt also wirklich noch an das post hoc, ergo propter hoc! Rüge der Herr Professor nur seinen Käse auf Eis legen und frieren lassen, dann wird er sofort bemerken, daß der „Aufschub der Verzehrung“ nichts mit dem Verwerthen des Käse zu thun hat; möge er alten Käse nur länger liegen lassen, als es durch die natürlichen Eigenschaften geboten ist, so werden ihm die, wohl auch nur durch den „Aufschub der Verzehrung“ entstehenden Maden die Werthvermehrung durch die Verzehrung des Käse illustriren!

Wie sollte es möglich sein, fährt Herr Professor Roscher dann fort, — was ein hundertjähriger Baum mehr werth ist, als der Kostenbetrag seiner ursprünglichen Pflanzung, bloß auf Arbeit zurückzuführen?

Mit dieser Frage wird der Punkt getroffen, auf den es ankommt, den auch Professor Schäffle meint, daß nämlich bei gewissen Werthobjekten der Tauschwert nicht aus der Arbeit abgeleitet werden kann — und damit soll nun Marx vollständig widerlegt sein!

Die Herren Professoren müssen doch aber ebenso gut, wie ich unbedingter Laie, wissen, daß in der Wissenschaft ein Unterschied gemacht wird zwischen Gütern, die sich beliebig oder doch nahezu beliebig vermehren lassen, und solchen, bei denen eine derartige Vermehrung nicht ausführbar ist. Marx entwickelt seine Werththeorie an Beispielen aus jener ersten Klasse von Gütern; daß er auf die zweite Klasse der nicht vermehrbaren Güter nicht eingeht, liegt in der Disposition seines Werkes und geschieht meines Erachtens mit vollem Recht. Wird man doch immer, wenn man ein Gesetz entwickeln und erläutern will, zuerst von den Ausnahmen und Störungen absehen; — wie konnte

man z. B. die Centrifugalkraft erklären, wenn man dabei nicht zuerst von der entgegenwirkenden Centripetalkraft absehen wollte!

Karl Marx, dieser geistreiche, aber so wenig scharfsinnige Mann, daß er nicht im Stande ist, complizirte Erscheinungen auf ihre Elemente zurückzuführen, wie sich Herr Professor Roscher l. c. Seite 46 wohl aus Rache für die ihm von Marx vorgeworfenen „Kindereien und Beobachtungen in der Kinderstube“ auszudrücken beliebt, — hat diese besondere Klasse von nicht vermehrbaren Werthobjekten noch nicht behandelt; trotzdem kann nur ein oberflächlicher Leser seines Werkes ihm den Vorwurf machen, daß er diese Werthobjekte vollständig ignoriere. Er sagt darüber l. Auflage Seite 61:

„Die Preisform läßt jedoch nicht nur die Möglichkeit quantitativer Incongruenz zwischen Werthgröße und Preis, d. h. zwischen der Werthgröße und ihrem eigenen Geldausdruck zu, sondern kann einen qualitativen Widerspruch beherbergen, so daß der Preis überhaupt aufhört, Werthausdruck zu sein, obgleich Geld nur die Werthform der Waaren ist. Dinge, die an und für sich keine Waaren sind, z. B. Ehre, Gewissen u. s. w. können ihren Besitzern gegen Geld veräußert sein und so durch ihren Preis die Waarenform erhalten. Ein Ding kann daher formell einen Preis haben, ohne einen Werth zu haben. Der Preisausdruck wird hier imaginär, wie gewisse Größen der Mathematik oder das „unendliche Urtheil“ der Logik. Wo wir jedoch für wesentliche Produktionsverhältnisse derartige imaginäre Preisform finden, wie z. B. Preis des Grund und Bodens obgleich der Boden, weil keine menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht ist, auch keinen Werth hat, wird die tiefere Analyse unter der imaginären Form, stets ein wirkliches Werthverhältniß oder von ihm abgeleitete Beziehung verborgen finden.“

Den vielfachen Angriffen gegenüber, welche aus Unkenntniß der eben citirten Stelle entspringen zu sein scheinen, war der Hinweis auf dieselbe dringend geboten und dürfte nun auch Herr Professor Schäffle sein absprechendes Urtheil zurückzunehmen gezwungen sein.

Denn er wird und kann doch nicht bestreiten, daß der Werth aller Güter, welche man durch Arbeit beliebig vermehren kann, immer nur in der Arbeit zu suchen ist, und daß bei einer regelten, dem Bedarf angepaßten Produktion sogar der Preis dieser Güter dem wirklichen Werthe nahezu conform sein muß. In der heutigen Gesellschaft mit ihrer planlosen Produktion vorkommende Preischwankungen entstehen eben nur dadurch, daß bald die Nachfrage, bald das Angebot überwiegt; diese Preischwankungen darf man aber nicht für ein plötzliches Steigen oder Fallen des Werthes ansehen; denn daß Preis und Werth identisch sind, wird Prof. Schäffle gewiß nicht behaupten.

Der Werth derjenigen Güter, welche sich durch Arbeit nicht vermehren lassen, besteht freilich nicht direkt in der Arbeit; Marx behauptet das ja aber auch gar nicht, sondern hebt ausdrücklich hervor, daß die imaginäre Form des Werthes nur durch ein Werthverhältniß oder durch eine von ihm abgeleitete Beziehung zu erklären sei.

Derartige Werthverhältnisse und davon abgeleitete Beziehungen sind so leicht nachzuweisen, daß man, auch ohne die Marxsche Analyse zu kennen, die Richtigkeit seiner Behauptung mit Händen greifen kann.

Frägt man z. B. nach dem Werth eines Landgutes, so wird derselbe gefunden, indem man den in Geld berechneten Reinertrag nach dem jeweiligen Zinsfuß kapitalisirt. Beträgt der Reinertrag durchschnittlich 10,000 Mark, der landesübliche Zinsfuß 5 Proz., so wird das Landgut einem Kapitale gleichwerthig erachtet, welches zu 5 Proz. 10,000 Mark jährlicher Zinsen einbringt, der Preis wird also 200,000 Mark sein und dem Werthe des Gutes identisch erscheinen. Denn das in die Produktion geworfene Kapital gewährt dem Besitzer arbeitsloses Einkommen, gefaltet ihm die Aneignung von Mehrwerth; da nun Grund und Boden ebenfalls als Produktions-Instrument benutzt wird, muß er dem Käufer ebensoviel arbeitsloses Einkommen abwerfen, als das dafür in Zahlung gegebene Geldkapital; wäre dies nicht der Fall, so würde der Käufer von dem ihm pekuniären Verlust bringenden Kauf Abstand nehmen.

Man sieht, der imaginäre Werth des Grund und Bodens läßt sich auf den Werth eines anderen Produktionsmittels zurückführen, von ihm ableiten.

Der Leser wird nun verstehen, weshalb der hundertjährige Baum scheinbar mehr Tauschwerth hat, als ein einjähriger, obgleich zum Pflanzen beider Bäume gleich viel Arbeit verwendet worden ist. Läßt der Grundbesitzer den Baum hundert Jahre lang stehen, so will er auch den hundertfachen Ertrag des jährlich aus dem Boden zu erzielenden arbeitslosen Einkommens, wozu noch mit Zins und Zinseszins, im Preise des Baumes bekommen; der imaginäre Werth des Baumes wird nun noch durch den Umstand bedeutend erhöht, daß sich hundertjährige Bäume nicht so schnell vermehren lassen, wie etwa halmvolle Nachtmägen; es wird hier also ein ebenfalls imaginärer Seltenheitswerth mitbezahlt, grade so, wie bei feinen, nur auf wenigen vorzüglich gelegenen Bergen wachsenden Weinen oder bei Bildern ausgezeichneter Raser u. dgl.

Es ist also zu konstatiren, daß Marx durchaus nicht in der ihm angebliebenen einseitigen Weise all und jeden Tauschwerth aus der zur Herstellung des betreffenden Objectes gesellschaftlich nothwendigen, allgemein menschlichen Arbeit ableitet; wohl aber ist zu betonen, daß Sinn und Wortlaut der Marxschen Werthklärung auch in all den Fällen paßt, in welchen durch eine dem Bedarf nicht genügende Produktion allgemeiner Begehr nach besonders wichtigen Gebrauchswerten, etwa nach den unentbehrlichen Lebensmitteln entsteht, also nach solchen Gebrauchswerten, bei deren Erzeugung die Produktivkraft der Arbeit durch Naturverhältnisse bedingt wird.

## Die russischen Sozialisten und die orientalische Frage.

II.

Rußland führt den Krieg gegen die Türkei im Namen der Humanität und der europäischen Civilisation. Das Humanitätsgefühl unserer herrschenden Klassen ist durch die türkischen Gräueltaten verletzt worden, was mit Blut gerächt werden muß. Wir werden hier nur zwei Thatfachen anführen, um die Humanität unserer „Herren“ ins rechte Licht zu stellen. Im Jahre 1862/3 standen die Polen auf, um das Joch eines fremden Volkes abzuschütteln, ebenso wie dies jetzt die Südslaven bestreben sind zu erreichen. Es ist wohl möglich, zwischen beiden Aufständen einzelne nebenfällige Unterschiede zu entdecken, aber das Hauptziel beider war: die Erringung der politischen Unabhängigkeit. In ihrem Unabhängigkeitskampfe lieferten die Polen unzählige Beweise von Opfermuth und heißer Vaterlandsliebe, was allein schon genügt, um bei humanen und gerechtigkeitliebenden Männern Sympathien für dieses Volk zu erwecken. Und dennoch hegten die herrschenden Klassen in Rußland keine Sympathie für das polnische Volk, sondern für dessen Feinde: Murawjoff, Berg, Trepoff und auch für Herrn Rattoff, den man damals für seine mordspatriotischen Artikel besonders auszeichnete.

Erwähnen wir noch eine Thatfache. Was erstrebte die russische Jugend seit den sechziger Jahren? Will sie denn nicht das Wohl ihres Vaterlandes? Bewies sie nicht in tausend Fällen ihren Opfermuth, ihre große Bereitwilligkeit, allen materiellen Gütern zu entsagen, nur um ihrem Vaterlande die Möglichkeit zu geben, sich vernünftiger und naturgemäßer zu entwickeln? Wie verhielt sich und wie verhält sich jetzt unsere humane, gerechtigkeitliebende und tonangebende Gesellschaft zu ihren eigenen Kindern, zu den Repräsentanten der nach ihr folgenden Generation? Ach, sie ist nicht nur gleichgültig gegen die barbarischen Verfolgungen, die diese Jugend treffen, sondern sie klatscht der despotischen Regierung noch Beifall und hätte nichts dagegen, wenn man alles, was gut und edel ist, nach Sibirien verbannen würde. Und wenn wir noch dazu in Betracht ziehen, was unser Volk leidet und hungert, während den „Herren“ alle Genusmittel zur Disposition stehen, so muß man sich über die unerhörte Dreistigkeit, mit welcher von der Humanität und Gerechtigkeitliebe unserer herrschenden Klassen geredet und unsere Regierung die Beschützerin der Civilisation genannt wird, wundern. Die Humanität, Kultur, Civilisation u. s. w., von denen die herrschenden Klassen reden, ist nichts als ein großartiger Schwindel, mit welchem den Zweden der russischen Despotie gebiet werden soll. Aber was kann denn eigentlich Rußland den Südslaven bieten? Die Serben und die anderen slavischen Stämme am Balkan und in den südblichen Provinzen Oesterreich-Ungarns erhalten ihre geistige Ausbildung meistens durch die Deutschen, Franzosen und die anderen westlichen Völker. Es ist nur natürlich, daß die Südslaven die Kultur und die Civilisation lieber aus direkten Quellen, als auf dem Umweg über Rußland beziehen. Nur die russischen sozialistischen Schriftsteller üben auf viele Serben einen wohlthätigen Einfluß aus.

Nach allem hier Gesagten ist es klar, daß Rußland durch den ausgebrochenen Krieg nicht die armen Rajahs befreien, sondern die Balkanprovinzen erobern will; und nur deshalb muß das arme russische Volk, das selbst unfrei ist, sein Gut und Blut opfern. Man mißverstehe uns nicht! Die russischen Sozialisten sind keineswegs gegen die Verbesserung der elenden Lage der Südslaven; aber sie sind zugleich überzeugt, daß die Einmischung der russischen Regierung in den jetzigen türkisch-slavischen Kampf diese Verbesserung nicht herbeiführen, sondern im Gegentheil das russische Volk nur noch mehr unterjochen wird, und deshalb erklären sich die russischen Sozialisten entschieden gegen den Krieg. Die Südslaven täuschen sich, wenn sie glauben, daß sie nach Abschüttelung des türkischen Joches zu besseren Zuständen gelangen werden. Das russische Volk aber hat kein Interesse an diesem Krieg, denn es muß sich zuerst selbst befreien, bevor es an die Befreiung anderer Völker denken kann.

Aber was sollen nach dem Ausbruche des Krieges die russischen Sozialisten thun? Diese Frage müssen wir noch kurz beantworten.

Das Feld unserer Thätigkeit befindet sich in Rußland, und grade jetzt ist die beste Gelegenheit geboten, für unsere Prinzipien erfolgreich zu wirken, obwohl wir sehr gut wissen, daß wir keine großartigen Erfolge erzielen werden. Nehmen wir uns aber ein Beispiel an unseren Gegnern, die eine jede Gelegenheit benutzen, um uns zu bekämpfen. Nehmen wir uns ein noch schärferes Beispiel an unseren Genossen in Deutschland und Frankreich. Was thaten in den Jahren 1870/71 die Genossen dieser beiden Staaten inmitten der Nationalitätskrise, die beide Völker ergriffen hatte? In beiden Ländern verdamnten die sozialistischen Arbeiter den Krieg und forderten dessen schleunigste Beendigung. Auch gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen hatten sie offen und energisch die deutschen Sozialisten erklärt. Die Gegner nannten damals die deutschen Sozialisten Vaterlandsverräther, weil sie den Krieg einen Eroberungskrieg nannten. Nun, die verstorbenen Wahlen haben bewiesen, daß der Sozialismus in Deutschland zu einer Macht gelangt ist, die den Gegnern zu denken giebt. Benutzen also auch wir russische Sozialisten den jetzt tobenden Krieg, um dem Volke die Augen zu öffnen und ihm die wahren Absichten der russischen Regierung und der herrschenden Klassen zu zeigen. Unsere Regierung, wie einst die französische, fürchtet sich vor der immer wachsenden freithätigen Volksbewegung, und, um diese Bewegung niederzubringen, entfesselte sie den verderbenbringenden nationalen Chauvinismus und erklärte der Türkei den Krieg. Wir müssen mit

\*) Dieselben sind als Broschüre unter dem Titel „Grundzüge der Nationalökonomie von E. A. Schramm“ im Verlag der hiesigen Genossenschaftsbuchdruckerei (zum Preise von 25 Pf.) erschienen. H. d. S. \*) Eigentl.: Nach diesem, folglich wegen diesem — die irrige Annahme, daß, weil etwas zeitlich später als etwas Anderes, es darum als dessen Wirkung zu betrachten sei.



unem Worte im Namen des arbeitenden Volkes eine Gegenbewegung einleiten und müssen Jedermann beweisen, daß unsere herrschenden Klassen nur ihre eigenen, dem Volke schädlichen Interessen verfolgen.

Die russischen herrschenden Klassen sind sich ihrer Lage bewußt, und deshalb schreiben sie dem Zsar Hurrah zu und begrüßen ihn als den Befreier. Das ist aber auch sehr leicht begreiflich, denn den Interessen der herrschenden Klassen wird keine Gefahr durch den Krieg entstehen, im Gegenteil, ihre materielle Lage wird durch denselben gebessert und ihr Antheil an politischer Macht vergrößert. Das Volk aber muß ebenfalls seine Lage erkennen und sich als die Macht im Staate betrachten lernen, in deren Händen sich die Entscheidung über Krieg und Frieden befinden sollte. Sind wir russischen Sozialisten in diesem Sinne thätig, dann wird der Sozialismus auch in Rußland gar bald zu einer Macht werden, mit der die russische Regierung wird rechnen müssen.

Wir wissen zwar sehr gut, daß unsere Thätigkeit in dieser Hinsicht keine allzu großen Erfolge erzielen wird; unser Volk wird nicht in Rasse gegen den Krieg protestiren, aber man muß ihm den Gedanken an die Möglichkeit eines solchen Protestes einimpfen. Man muß ihm klar machen, daß es das Recht hat, über sein Wohl und Weh zu entscheiden. Mit der Verbreitung solcher Ideen ist schon viel gethan, und auch der jetzige Krieg wird dem Volke die Augen öffnen helfen. Unser Lösungswort sei darum: Vorwärts!

### Herr Dr. Stephan und die Frauenemanzipation.

Der Generalpostmeister ist bekanntlich ein Gegner der Frauenemanzipation und hat s. Z. im Reichstage erklärt, daß das weibliche Geschlecht seiner Natur nach nicht zum Staatsdienst tauglich sei. Er aber die Leitung des Telegraphendienstes übernahm, fand er in diesem Ressort weibliche Angestellte bereits vor. Eine arge Verlegenheit für den Weiberfeind! Die Maßregel seines Amtsvorgängers rückgängig zu machen, mochte ihm wohl als zu gefährlich erscheinen, aber es muß bei dieser Lage der Dinge auch verständlich erscheinen, wenn Herr Dr. Stephan sich, wie durch manches Andere, so auch durch ein Uebermaß von Fürsorge für die seiner amtlichen Obhut anvertrauten Mädchen und Frauen nicht auszeichnet.

Die Klagen der unteren Verkehrsbeamten über ihre Lage sind allgemein. Der Chef der deutschen Post und Telegraphie hat diese Klagen bekanntlich bei der letzten Etablierung im Reichstage auf die Undankbarkeit ellicher „Federbanditen“ und anderer „dunkler Ehrenmänner“ zurückzuführen zu sollen geglaubt. Diese unüberlegten Aeußerungen haben, wie sich Jeder überzeugen haben wird, der Gelegenheit hat, mit Subalternbeamten zu verkehren, in diesen Kreisen, und zwar bei allen Amtsgattungen, eine heftige Reaction erzeugt. Man erblickt jetzt vollends in den unteren Post- und Telegraphenbeamten die Parias unter den vom Staate Angestellten, und die lange genährte Unzufriedenheit mit dem Generalpostmeister hat sich bedeutend verschärft. Wie erstaunlich tief aber die sicher für den Staat nicht heilsame Kluft zwischen dem höchsten und den niederen Beamten im Post- und Telegraphendienst geht, beweist der Umstand, daß das Gerücht bezüglich der Anstellung von Telegraphistinnen praktisch zur Geltung zu bringen, die Oberbehörden veranlaßt angewiesen, diesen Mädchen den Dienst so lange zu erschweren, bis sie denselben quittiren. Wir werden solchen Angaben keinen Glauben schenken, bis ihre Richtigkeit erwiesen ist; sie zeigen aber doch, welcher Fürsorglichkeit die Unterbeamten der Post und Telegraphie sich an ihrem Chef glauben versehen zu müssen! Welche Behandlung den weiblichen Telegraphenbeamten thatsächlich zu Theil wird, darüber liegt uns ein bereites Zeugnis vor. Es ist ein Brief einer ehemaligen Telegraphistin an ihren Bruder, die, weil sie in nicht gerade bürftigen Verhältnissen lebt, nach zweijähriger amtlicher Thätigkeit diese als zu beschwerlich selbst für ihre gesunde und kräftige Natur aufgegeben hat und jetzt zufällig Gelegenheit hatte, wieder einmal einen Blick in die Räume zu thun, in denen sie ehemals wenig freudereiche Tage verlebte hat. In diesem Briefe heißt es:

„Erstern war ich auf dem Amte zur Vertretung einer früheren Collegin und ich fand, daß alle Mädchen sehr elend aussehend und so verschüchtern, daß es Einem weh thun konnte. Eine nach der Andern schüttete mir ihr Herz aus und zwar besonders diejenige, die sonst die tapfersten waren und die nicht so leicht klagen, weil sie dazu zu stolz sind. Der Dienst ist, was die

Zeit desselben anlangt, noch etwas schwerer als im vergangenen Sommer, und er ging wirklich schon damals über die Kraft eines Menschen. Unsere Damen sind wahrhaftig gesund, sie haben nicht Zeit krank zu sein und besitzen alle eine seltene Energie; unsere Herren sind daneben wahre Schlafmüden und Schwächlinge. Aber es ist zu thun, daß man nicht eine Minute zur Besinnung kommt; das ist nicht übertrieben: nicht eine Minute, besonders seit dem Kriege! Die Damen können nur im Fluge ihr Essen hinunterschlingen; ein bißchen früher nach Hause gegangen, wie sonst, wird nicht mehr.

„Wenn ich einmal zu Fräulein S. sagte: „es ist doch recht schwer“ auf die Dauer würde es doch für die Damen unerträglich werden, dann meinte sie: „Ach, mein M'hen, Sie werden sehen, wir werden es Alle aushalten, es ist ja nicht so schlimm, wenn man nur gesund ist.“ Jetzt sagt sie: „Man lebt ja hier gar nicht mehr wie ein Mensch. Für nichts habe ich mehr Interesse (und sie hat von Natur einen sehr lebhaften Geist), ich bin nur glücklich, wenn ich ganz still sitzen kann. In Hause bin ich schon ganz unheimlich, ich bin empfindlich, sogar grob und habe zu nichts Lust. Wenn ich einmal etwas lese oder ins Theater gehe, kann ich die ganze Nacht nicht schlafen. Es wäre besser, sie gäben uns lieber Gift ein, wenn sie uns durchaus los sein wollen.“

Es folgt nun eine Mittheilung über die eingangs erwähnten Gerüchte bezüglich des Generalpostmeisters und dann fährt die Briefstellerin fort:

„Man kann freilich nicht wissen, ob dies wahr ist; es ist sogar ziemlich ungläublich, weil man ja dergleichen nicht würde zu unserer Kenntniß kommen lassen; aber wunderbar sind die in der neueren Zeit getroffenen Maßregeln allerdings. Die Tagesdienstzeit der Herren und Damen ist gleich; Nachtdienst haben nur Damen; für zwei Damen arbeitet jetzt je ein Herr bis 11 Uhr, das ist der Nachtdienst der Letzteren! Urlaub bekommen die Herren 14, die Damen 10 Tage. Bekanntlich sind die sogenannten Hughes-Apparate eingeführt; da dieselben sowohl körperlich wie geistig eine doppelt so große Anstrengung verlangen wie die Morse-Apparate — die Nerven müssen beim Gebrauch der neuen Apparate mit der Zeit zu Grunde gehen, denn die Apparate arbeiten mit einem Geräusch, kaum zu ertragen —, so sahen an denselben früher nur stundenweise abwechselnd Herren daran. Jetzt sind Damen daran beschäftigt, und zwar beständig; nur vier Damen, also immer zwei während des ganzen Tages. Fräulein B., ein Mädchen von zartem Wuchs, die aber große Willenskraft besitzt, — sie hat viel Verstand und ist eine der kühnsten — hat es gewagt, zum Aufsichtsbemten die Bemerkung zu machen, daß sie die Arbeit am Hughes-Apparat ohne Ablösung nicht mehr aushalten könne. „Sie müssen mir Ablösung verschaffen“, jagte sie, oder ich arbeite nicht mehr. Ich kann meinen Eltern nicht zur Last fallen, darum muß ich dafür sorgen, daß ich nicht krank werde; die Station wird nicht für mich sorgen.“ Darauf antwortete der Vorgesetzte: „Wenn Sie solche Redensarten machen, werde ich es der Station melden. Sie haben zu arbeiten und nichts zu reden; wenn Sie krank werden, lassen Sie sich vom Arzt ein Attest geben, dann ist es gut!“ Derselbe Beamte sah neulich Eine Stunde an demselben Apparat; da warf er Alles fort und rief: „Da kann man ja den Verstand verlieren!“ Das kleine Mädchen muß aber bis Abends 10 Uhr den Verstand behalten, und ihn am nächsten Morgen um 7 Uhr wieder haben. Vorgestern hat sie von 7 bis 1 Uhr an dem Apparat gearbeitet, ohne frühmüde zu werden; um 1 Uhr wurde ihr dann die Mittheilung gemacht, sie müsse noch bis 3 Uhr dableiben! Eine schlimme Sache ist es ja allerdings, daß im Sommer immer Beamtenmangel herrscht; aber warum herrscht er? Warum werden nicht mehr Telegraphistinnen angestellt?

„Die Dinge liegen in der That so, daß die ganze Arbeit in den Händen der Damen ist; die Herren sind theils „auf Bau“, d. h. sie zählen die Stangen, welche die Arbeiter einsehen müssen, sie richten Stationen ein, wozu auch nicht besonders viel Geist gehört, und haben dann auf diesen kleinen Stationen für den Sommer den schönsten Aufenthalt mit lächerlich geringem Dienst. Herr S., der unser Fräulein H. heirathet, geht jetzt auch „auf Bau“, um mit ihr die Flitterwochen zu verleben, und die anderen armen Mädchen müssen arbeiten und nichts als arbeiten. Ist es ihnen da zu verdienen, wenn ein hübsches, junges, kluges Mädchen wie Fräulein H. den alten Obertelegraphisten S. heirathet, der sie wenigstens auf Händen tragen wird, wenn es auch eigentlich eine traurige Existenz ist, der sie entgegengelt; aber sie fügt sich eben eher dazwischen, als daß sie sich zu Tode

arbeitet. Es scheint ja Niemand die Arbeit, aber soviel Arbeit, daß sie alle Kraft lähmt, das ist doch zu viel. Und nun sollen die Telegraphistinnen nicht einmal mehr ihre Tantieme und Nachtgelder bekommen. Das ist zwar noch nicht gewiß; es heißt, daß erst der Etat geregelt werden müsse, aber jedenfalls werden sie nicht mehr als etwa die Hälfte erhalten; also Gehaltsabzug und Arbeitsvermehrung. Herr P. hat als Volontär eine sechswochenliche Übung, die Herren L. und G., wahre Kolosse von Gestalt, sitzen unten im Bureau, führen Bücher — eine spielende Arbeit —, laufen umher, amüsiren sich, die anderen Herren sind „auf Bau“, und die Damen sitzen an den Apparaten.

„Gestern besprachen dieselben, ob man sich etwas davon versprechen könne, eine Bittschrift an den Postdirektor zu richten; aber das ist ein schlimmes Ding; Mädchen sind in solchen Sachen wenig bewandert, sie wissen nicht mit dem Recht Bescheid, sie wissen nicht, was sie sagen dürfen und was nicht. Sie haben auch keine klare Vorstellung davon, welche Forderungen aufzustellen wären; aber Alle haben das deutliche Gefühl, daß ihnen Unrecht geschieht, und das ist auch der Fall, die Ungerechtigkeit liegt auf der Hand. Indessen die Antwort würde wahrscheinlich lauten: „Ja, was wollen Sie denn? Sie sind ja gar nicht angestellte Beamte; Sie sind ja nur Hilfsarbeiterinnen, Sie haben ja ganz und gar keine Rechte. Wenn es Ihnen nicht paßt, bitte! die Thür steht offen. Uns sehr angenehm, wenn Sie gehen.“

„Was können die Armen also thun? Uebrigens dürfen sie ja auch nichts sagen und fragen; dies nicht zu thun, haben sie sich im Dienstverpflichtet. Sie haben zwar alle Pflichten der Beamten, aber keine Rechte. — Verzeih, daß ich in meinem Briefe über Dinge lamentire, die Dir und eigentlich auch mir vollständig gleichgültig sein könnten; aber mir thun meine Collegen gar zu leid, und diese schreiende Ungerechtigkeit empört mich.“

„Fräulein S. meinte, es wäre vielleicht gut, wenn über diese Angelegenheit etwas in öffentliche Blätter käme, etwa in die „Gartenlaube“; sie ist vielgelesen und gerecht und hat sich ja schon der Berliner Telegraphistinnen angenommen. Aber das würde vielleicht die entgegengesetzte Wirkung von dem haben, was die Mädchen wünschen. Der hiesige Direktor ist herzensgut, aber er kann nichts thun; er erfüllt höhere Befehle. Jetzt geht er auch schon wieder fort. Alle zittern! In Berlin erschien einmal in einer Zeitung ein Artikel, der die Telegraphenverwaltung angriff und der wahrscheinlich von einem Verwandten einer Telegraphistin ausging. Darauf fand eine strenge Untersuchung bei den Damen statt. Aber die hielten treu zusammen; keine Verrätherin war unter ihnen, und ich glaube, in Berlin sind hundert Damen bei der Telegraphie beschäftigt — denke nur!

„Glaubst Du wohl, daß es darauf abgesehen sein könnte, die Mädchen los zu werden? Es wäre doch komisch. Die Damen sind vollständig leistungsfähig bei vernünftigen Ansprüchen. Sie haben natürlich weit mehr Bildung als die gleichgestellten, ja sogar als höher gestellte männliche Beamte; man könnte sie auch zu diesen höheren Stellen heranziehen, wenn sie denselben technischen Unterricht erhielten, wie die Herren. Dabei sind sie viel billiger, warum also sie entfernen? Und übrigens, etwas muß der Staat doch für das Volk thun, oder gehören die Mädchen nicht zum Volke? Was soll aus ihnen allen werden? Gouvernanten sind schon mehr als genug da, und jedes Mädchen ist auch nicht geschickt dazu; von den Damen auf dem Amte z. B. nur sehr wenige. Hinter dem Ladentische stehen auch schon genug, und es ist ja schade, da soviel Weisheit umkommen zu lassen; schon bei dem subalternen Telegraphendienst ist es schade darum. Also, wie gesagt, was soll aus Allen werden? Da wäre es ja am Ende wirklich besser, das Volk so dumm wie möglich zu lassen; dann hegte es wenigstens keine unbesriedigen Wünsche. Dann wollen wir wieder spinnen und mit Interesse Wespenstergeschichten lauschen.“

Wir haben hier Mittheilungen und Urtheile von einer persönlich Unbetheiligten. Diesmal gehen sie nicht von Leuten aus, die ihr Heil in der „schlechten Presse“ suchen. Der Briefstellerin fällt, indem sie an Zeitschriften denkt, nur die „gerechte Gartenlaube“ ein, bekanntlich ein Hauptorgan des besitzenden Bürgerthums. Diese Quelle muß also auch Herr Dr. Stephan als lauter anerkennen. Was wir aber aus ihr erfahren, ist lehrreich als ein kleiner Beitrag zur — Geschichte der Frauenfrage.

### John Sawatomie Brown, der Negerheiland. \*)

Einen Märtyrer der Freiheit führt uns das Browne'sche Buch vor, John Brown, genannt Sawatomie, der fühne und begeisterte Bahnbrecher der amerikanischen Sklavenbefreiung, der sein hingebendes Streben für die heilige Sache der Unterdrückten mit dem Tod büßen mußte.

Zu einem Vorbereitungs für den edlen Todten gestaltet sich die Schilderung, welche der Verfasser uns bietet, und die Blumen, welche er in den Kranz geflochten, sind Seufzer der Geschiedenen und ihre Hoffnungen auf Erlösung, auf eine bessere glücklichere Zukunft.

Die arbeitenden Klassen Deutschlands dürfen der Feier John Brown's nicht fern bleiben. Die Sache, welche John Brown verfocht, ist eine allgemeine, ist die Sache der Menschheit, wenn ihr Schauspiel auch ein anderer Erdtheil und die Beknechteten, denen sein todesmüthiges Streben gewidmet war, auch anderer Hautfarbe sind, als wir sie tragen. Das stolze Wort des deutschen Gedankenfürsten: „Rechtsgleichheit alles dessen, was Menschentheil trägt auf Erden“ — das uns zum Feldgeschrei in unsern Kämpfen geworden, war auch der Schlachtruf John Brown's. Seine Geschichte ist die eines der Unsrigen, und sein Name verdient es, mit großen Lettern in die Geschichte der Menschheit eingetragen zu werden.

Den Negerheiland nennt Herr Browne unsern Helden. Wohl besetzte ihn die allgewaltige Menschenliebe und der hohe Gerechtigkeitsinn des Nazareners und wohl war er ein frommer Mann, doch war die Waffe, welche er gegen die Unterdrückten schwang, nicht das Wort, sondern das Schwert und irdische Glückseligkeit das nächste Ziel, das er den Beknechteten erringen wollte. Das Land gehöret dem Knecht, der es reich gemacht und der Frucht seiner Arbeit beraubt ist.“ Das war der leitende Gedanke, der ihn bei seiner fähnen Unternehmung besetzte. In gedrängter Skizze wollen wir die Freunde mit John Brown näher bekannt machen. Wir folgen dabei der Browne'schen Darstellung.

Kansas und Missouri bilden den Schauplatz des Dramas, in dem John Brown die Hauptrolle spielt. Im Jahre 1820 war zwischen Nord und Süd ein schimpflicher Compromiß ge-

schlossen worden. Damals hatte die Congresshalle bestimmt, daß die Sklaverei nördlich vom 36 1/2 Breite nie und nimmermehr eingeführt werden sollte und dürfe. Dafür war nur ein einziges Stück, nördlich von diesem Breitengrade und rechts vom Mississippi, nämlich dasjenige Territorium des „Sklavenkreuzrittern“ und zwar als ein für allemal allerletzte Vortheil hinzugefügt, welches man später Missouri taufte. Missouri bildete mit Arkansas und Louisiana den einzigen Strich rechts- und linksseitigen Landgebietes, welches nebst den zehn nördlichen Südstaaten die kompakte Masse des Sklaventerrains von Nordamerika trennte. Zusammen waren das 13 künstliche sog. Südstaaten. Freiboden war alles Land westlich von Missouri geworden. Da die dreizehn Nordstaaten der Zahl nach gleich, aber an Ausdehnung bedeutend geringer waren, so hatten die Staatsmänner von 1820, selbst die jüdischen, den Compromiß für gut geplant gehalten. „Was zwischen den Flüssen Oregon und Missouri lag, war Sahara oder Gobi für die Generation von 1820.“ In einem Menschenalter hatte sich das aber gewaltig geändert. Texas war von Mexiko abgefallen und dieses hatte alles Land bis San Francisco verloren. Am Sacramento war Gold gefunden und seit 1848 war in 6 Jahren die unermeßliche Fläche zwischen dem Missouri und dem goldenen Horn wie eine Poststraße bekannt geworden. Dieses gewaltige Anwachsen der nordstaatlichen Macht hatten sich die Südstaaten nicht träumen lassen; sie wußten die Aufhebung des 1820 geschlossenen Compromisses durchzuführen und einen neuen Beschluß herbeizuführen, wonach die Befriedelung der zwischen Kalifornien und Missouri belegenen Territorien Kansas und Nebraska freigegeben und den künftigen Ansiedlern dieser Territorien das Recht ertheilt wurde, ihre heimathlichen Angelegenheiten und Einrichtungen im Rahmen der Constitution der Vereinigten Staaten selbst zu ordnen. — 1820 war Missouri preisgegeben worden als Lohn für die weitläufige Möglichkeit: wenigstens westlich Missouri's und nördlich vom 36 1/2 für ewig die Sklaverei getilgt zu sehen, 1854 war Missouri zum westlichen Sklavenzüchter-Territorium geworden und nun erhielt der Süden auch noch die Länder West-Missouri's zur beliebigen weiteren Injektion. Die Missouriengrenzen, die Kansas zu okkupiren angingen, waren fast der gesammte, weithin aufgebogene und geradezu angeworbene Abkamm des ganzen von der Sklaverei verpesteten Südens. Bald war kein Nordstaatler mehr in Kansas seines Lebens sicher. Getheert und gefedert schickte der in's Amerikanische überjehrte Armagnaken-Landsknecht Böbel

die rechtmäßigen Ansiedler über die Grenzen heim. Ihre Landbesitztitel riß er entzwei, ihre Blockhäuser brannte er nieder. Bei Todesstrafe mußten sie oft vor förmlichen Comités jener Böbel-Armee Urfehde auf Kinnerrückkehr schwören. — Im Norden erkannte man schnell die große Gefahr; man glaubte sie dadurch beschwichtigen zu können, daß man freie Ansiedler für Kansas und Nebraska warb und sie mit Vieh, Saatfort, Fuhrwerk und Landbesitztiteln unterstützte. Die Maßnahme kam zu spät. Die Südstaaten verschmähten den ethischen Kampf. Die Wahl eines Congressmitgliedes wurde durch 1700 bewaffnete Missourier entschieden, die in vollem Kriegszuge über die Grenze marschirt waren und als geprügelte Kansasbürger abgestimmt hatten. Die Wahl wurde vom Congress, den der Süden vollständig beherrschte, bestätigt.

Dies die politischen und sozialen Verhältnisse, unter denen die Söhne John Brown's von Ohio nach dem gefährdeten Kansas zogen. Sie waren ohne Waffen gekommen und wurden von den marodirenden Südstaatlern angegriffen, bestohlen, geplündert, bedroht und insultirt. Sie wandten sich an ihren Vater um Waffen. Das war für ihn der längst ersehnte Moment, den Sklavenhaltern entgegen zu treten. Wir finden ihn auf einem Meeting, das die Abolitionisten von Newyork im Sommer 1855 nach einem Plake unfern der Grafschaft Essex berufen hatten. In begeisterten Worten predigte er den Kampf gegen die Sklavenhalter. Er erschien in Kansas als Vorkämpfer der Freiheit, um die Waffen zu erheben für das Recht seiner Mitbürger — gemäß dem klaren Wortlaut der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776:

„Daß alle Menschen gleichgeboren, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt sind, daß zu diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit gehöre; daß zur Sicherheit dieser Rechte unter den Menschen Regierungen eingesetzt seien, deren gerechte Gewalten von der Zustimmung der Regierten herkommen; daß aber, wenn eine Regierungsform zersichend in diese Endzwecke eingreife, das Volk das Recht hat, jene zu ändern oder abzuschaffen, eine neue Regierung einzusetzen und dieselbe auf solche Grundzüge zu gründen und deren Gewalten in solcher Form zu ordnen, wie es ihm zu seiner Sicherheit und seinem Glück am erforderlichsten scheint.“

Am 4. März 1855 war ein neuer Gewaltreich von den Südstaatlichen verübt worden, 4900 bewaffnete Missourier waren

\*) John Sawatomie Brown von Dr. Browne, Direktor der Töchterschule zu Thorn an der Wesel. Verlag von W. Braude jr.



# Sozialpolitische Uebersicht.

Diejenigen, welche an ein russisch-preussisches Bündniß glauben, sind der Meinung, das Preussisch-Deutschland für die Dienste, welche es Rußland leistet, in Wien sich die Zahlung zu holen habe, mit andern Worten, daß sein Lohn in der Annexion Deutsch-Oesterreichs bestehen solle. Abgelesen von der allgemeinen Logik der Thatsachen und gewissen sehr auffälligen Aeußerungen von Vertrauten des Hrn. Reichskanzlers (z. B. des Hrn. Miquel, der vor einiger Zeit in Leipzig sehr deutlich auf eine solche Eventualität anspielte), läßt es sich nicht läugnen, daß die Berliner Reptilien gegenwärtig in einer Weise arbeiten, die den österröischen Politikern, trotz des mit komischem Nachdruck betonten „Dreikaiserbündnisses“ — dieses Messers ohne Klinge und Stiel — sehr verdächtig erscheinen muß. An die Hebereien gegen Ruß ist man nachgerade gewöhnt, und deren plötzliche Wiederaufnahme mit verdoppeltem Eifer hat darum an sich wenig Ueberraschendes, aber gleichzeitig verbreitet man mit unverkennbarer Methode Alarmnachrichten über die Stimmung in Oesterreich; es gebe dort eine Partei, die 1866 nicht vergessen habe, die in den trüben Wassern der orientalischen Frage nach der damals verlorenen Stellung in Deutschland fische und dabei auf Frankreich rechne.

Hier kommt nun unserer Reptilien die jüngste französische Krise vortrefflich zu statten. Sie wollen kein Mißtrauen erwecken — behüte! — wollen die gegenseitigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland keineswegs als bedroht hinstellen — behüte! — aber die Sache ist doch nicht ganz ohne, man kann nicht wissen, was der Anti-Kulturkampfregierung drüben einfallen kann, wir müssen auf unserer Hut sein, Mollate war doch ein kluger Mann, und es ist gut, daß die „militärischen Ausgleichsmaßregeln“ im besten Gang sind.

Bedenkliche Symptome das! Und das plötzliche Erscheinen Bismarck's in Berlin unmittelbar nach seiner Unterredung mit dem russischen Diplomaten Schwaloff ist natürlich nicht geeignet, Besorgnisse zu zerstreuen. Unwichtige Dinge haben den „kaputen Mann“ sicherlich nicht aus seiner Lauenburger Retirade gerissen. —

Nichts weniger als friedlich klingt auch nachstehendes Altentück, das, wie unser Berliner Parteiorgan meldet, am 8. Pfingstfeiertag durch Polizeibeamte an die Berliner Civilärzte vertheilt ward:

## Circular-Befugung an sämtliche Herren Civil-Aerzte.

Da die Erfahrungen der letzten Feldzüge die Nothwendigkeit ergeben haben, das Militär-Sanitätspersonal für den Fall einer Mobilmachung schon in Friedenszeiten möglichst sicher zu stellen, so ist es von Wichtigkeit zu wissen, wie weit auf das civilärztliche Personal im Falle einer Mobilmachung gerechnet werden könne.

Zu diesem Behufe ersucht das Polizei-Präsidium auf Veranlassung der Militär-Sanitätsbehörde die Herren Civil-Aerzte um gefällige Ausfüllung des nachstehenden Schemas. Die abzugebenden Erklärungen sollen nicht als ein bindender Contract gelten, sondern nur die Bereitwilligkeit resp. die Wünsche und Forderungen der einzelnen Aerzte ausdrücken und diejenigen Civil-Aerzte feststellen, welche:

1. bereit sein würden
  - a) für die Dauer des Feldzuges (als Chefärzte, ordinirende oder assistirende Aerzte),
  - b) vorübergehend (mindestens aber auf 6 Wochen), als ordinirende oder assistirende Aerzte in einem Kriegs-Lazareth Dienste zu thun.
- 2) Diejenigen, welche mit einer Verwendung (als dirigirende, ordinirende oder assistirende Aerzte) bei einem Reserve-Lazareth außerhalb ihres Wohnorts einverstanden sein würden.
- 3) Diejenigen, welche im Falle eines Krieges in ihren Wohnorten die ärztlichen Funktionen (als dirigirende, ordinirende oder assistirende Aerzte) bei den dafelbst zu errichtenden Reserve-Lazarethen zu übernehmen bereit sind.

- Hierbei wird bemerkt:
- ad. I. daß auch die Erfüllung angemessener Wünsche dieser Aerzte möglichst erstrebt wird, insonderheit für die in Feindesland (bei Kriegs- und Campen-Lazarethen) verwendeten;
  - ad. II. daß auch die jüngeren approbirten Aerzte als ordinirende Aerzte Verwendung finden können, insofern dieselben als tüchtig und zu der gewünschten Stellung qualifizirbar bezeichnet werden können.

nach Kansas gekommen und hatten jede Wahlstätte mit Ausnahme einer einzigen besetzt (Manhattan). Sie wählten die Behörden und die Legislative und diese votirte sofort die Sklaverei. Den Gegnern wurde das Bürgerrecht verweigert, die Presse genebelt und jede Verletzung der „berechtigten Eigenthümlichkeit“ des Sklavenhandels, jede Beihilfe bei einer Sklavenbefreiung mit Todesstrafe bedroht. Die Nordstaatler verweigerten den Gehorsam, 500 Mann stark sammelten sie sich bewaffnet in Lawrence, bildeten rasch ein geordnetes Militärcorps, übten sich täglich im geschlossenen Kampfe in Schlachtordnung und löstten den Missouriern solche Furcht ein, daß sie sich aus der Stadt in die vereinzelten also schuppenblöthigen Ansiedlungen zurückzogen, obgleich sie dreimal stärker waren als die Nordstaatler. Der Gouverneur eilte vergeblich Frieden stiftend herbei, doch umsonst erhoben die Bürger Beschwerde über die Gewaltakte, welche die Südstaatler sich erlaubt hatten — der Gouverneur, ein gefälliges Werkzeug der Sklavenbarone veranlaßte keine Untersuchung. Die Sache blieb in der Schwebe, vierzehn Tage lang beobachteten einander die feindlichen Parteien, die Einen plündernd, die Andern gezwungen unthätig. Keiner sang an. Da erschien mit einer Waffenladung und in strammer Begleitung, die in Waffen starre, John Brown. Mit Jubel wurde er begrüßt und sofort machte er sich daran, die junge Mannschaft zum sofortigen Kampfe gegen die Missouri-Abtheilung vor Lawrence aufzureizen. Aber sein Bemühen, eine Entscheidung herbeizuführen, scheiterte am Widerstande des Corpsgenerals Lane, eines sehr vorsichtigen Friedensmilitärs, und des sog. Wohlthatensauschusses. Export verlief er mit seiner Abtheilung die verberbergeweihte letzte Festung der Freiheit, als man mit Shanon, dem Schandgouverneur, einen schimpflichen Vertrag abschloß, worin man ihn als widerrechtlich gewählt anerkannte und damit den ganzen Rechtsboden völlig verschob. Als Brown aufbrach, um den Guerillakrieg zu eröffnen, sollte ihn ein Kriegsgericht verurtheilen, er aber ließ dem „General“ Lane sagen: „Wenn er will, daß ich fechte, braucht er's nur zu sagen; aber das ist auch die einzige Drebe von ihm, die ich befolgen werde.“ Der abgeschlossene Vertrag ermuthigte die Missourier nur zu neuen noch empörenderen Frevelthaten.

(Schluß folgt.)

Auch diejenigen Herren Aerzte, welche für eine Verwendung sich nicht bereit erklären, wollen dies in dem Schema bemerken. Königlich-polizeipräsidium. J. S.: v. Herzberg.

Ueber die Vorgänge auf dem asiatischen Kriegsschauplatz schreibt die „Vossische Zeitung“ (die trotz ihrer Philisterei tapfer Front macht gegen das Kantenthum und vor einiger Zeit das sehr wahre Wort sprach, der Erbfreund Rußland habe uns schon weit mehr Schaden gethan als der Erbfreund Frankreich):

In überchwänglichen Worten meldet Großfürst Michael dem Kaiser die Einnahme von Ardahan, die erste Waffenthat der Russen in diesem Feldzuge. Dieser augenscheinlich mit schweren Opfern erkaufte Erfolg steht weit hinter jenem zurück, welchen die Türken durch die Erstürmung von Souchum Kale aufzuweisen haben. Ardahan ist zwar ein besetzter Punkt in der ersten türkischen Vertheidigungslinie Batum-Ardahan-Kars-Vajazid gewesen, doch bestand sein Hauptwerth eigentlich nur darin, daß dieser — wie sich nun herausstellt — nur durch einige Vorwerke modernisirte Platz die Verbindung zwischen Batum und Kars herstellte, im Uebrigen aber auf die Vertheidigung Armeniens nur insofern Einfluß nahm, als zu dessen Beobachtung, Ernennung oder Belagerung ein kleines feindliches Corps festgehalten wurde. Auf die Belagerung von Kars, d. h. auf Widerstand oder Fall dieses verschanzten Lagers, nimmt Ardahan keinen Einfluß, und wenn die Russen nunmehr direkt von Ardahan gegen Erzerum vorrücken wollten, so finden sie gerade so wie auf der großen Straße von Kars nach Erzerum die türkische Feldarmee Mustafa Paschas bei Bardes. Der letzte französische Krieg hat uns gezeigt, wie die deutsche Heeresleitung den Werth so kleiner Festungen bezifferte; die unzähligen Vogelfestungen wurden nach Hinterlassung ganz kleiner Beobachtungscorps einfach umgangen und nur jenen eine größere Berücksichtigung geschenkt, welche wichtige Communicationen hielten. Bei Mez aber wurde keine Anstrengung gemacht, dieses verschanzte Lager mit seiner Armee, seinen Trophäen, seinem riesigen Artillerie-Material in die Gewalt zu bekommen, und der strategischen Bedeutung von Mez würde ungefähr auf dem asiatischen Kriegsschauplatz Kars entsprechen. Vor Kars aber nur zu demonstrieren, um Ardahan zu gewinnen, das nach dem Falle von Kars ohne Kanonenschuß zu bekommen gewesen wäre — das kommt uns wie ein Manöver vor, nur berechnet, die Aufmerksamkeit von Souchum Kale abzulenken und eine Waffenthat der andern entgegenhalten zu können. Im Wesen sind aber die beiden Affairen sehr verschieden; während Ardahan nur einen relativen Werth aufweist, ist die Einnahme von Souchum Kale ein großer politisch-militärischer Erfolg. Der Kaukasus wird insurgirt, die Verbindung Rußlands mit Tiflis, beziehungsweise mit der Operationsarmee ist bedroht und ein Platz gewonnen, der eine vortreffliche militärische Basis bietet.

Neuerdings haben die Türken bedeutende Streitkräfte nach Souchum Kale geworfen.

Vom europäischen Kriegsschauplatz „nichts Neues“. Die russische Aufstellung an der Donau geht über Erwarten langsam vor sich.

Als heiteres Zwischenpiel in dieser Kriegstragödie sei erwähnt, daß das großmächtige Fürstenthum Rumänien den Krieg an die Türkei erklärt hat, und das ebenso großmächtige Königreich Griechenland ihn erklären will. Da wird der Sultan ein paar — Compagnien mehr unter die Fahne zu rufen haben.

„Fortschritt“ und „Liberalismus“ zanken noch immer um den Borritt in der Candidatenfrage bei den bevorstehenden Berliner Nachwahlen zum Reichstag. Die „Liberalen“ wollen von der Aufstellung eigener Candidaten jetzt zwar absehen, ihren Einfluß auf die Candidatenliste bedenken sie dagegen, wie die „Vosszeitung“ zu ihrem Leidwesen eingesteht, nicht aufzugeben. Das mögen die „feindlichen Brüder“ halten wie sie wollen — ob die Candidaten der Selbstsackpartei fortschrittlich-liberal oder liberal-fortschrittlich angesehen sind, das kümmert die Berliner Kleinbürger und Arbeiter wenig, nachdem sie den fortschrittlich-liberalen Humburg durchschaut haben.

Der Nothstand ist der liberalen Presse ein Dorn im Auge, und wenn sie zu seiner Beseitigung sonst auch nicht den kleinen Finger rührt, so ist sie dagegen um so eifriger bemüht, ihn aus der Welt zu lägen. Besonders zeichnen sich in diesem Bestreben aus die „Sozial-Correspondenz“ des Prof. Böhmert

## Ein Amulet gegen ehelichen Zwist.

Es sind einige Jahre her, daß ein Redakteur dem Unterzeichneten gegenüber äußerte, man könne den „Vollstaat“ eigentlich nicht ohne Gleichhandhände lesen wegen der rohen Sprache, die er führe. Wir bringen im Nachfolgenden einen Auszug von Wörtern aus einem zweiundneunzig Seiten langen Artikel der „Gegenwart“ (Nr. 14, Jahrgang 1874), der unseren bekannten Johannes Scherr zum Verfasser hat. Scherr gehört zur Zeit zu den fleißigsten Mitarbeitern an dem Blatte des oben erwähnten Redakteurs:

„Dummheit, Niedertracht, Narren, Maullesel, Corruptionshandläuse, schamlos, politische Higeaner, unverschämte Profse, kurzdarmliges Gedächtniß, Unverschämtheit, Franzosenhaut, Drateler, Zukunftsgras, Rafenispigen, Starrheit, Schwindel, Fasnachtsnar, vergebene, bedruckte, zweischlächtige Balg, Bande, vergedter, Parteidortheit, Unstaatsmann, Humpelmann, spanische Wand, verbrauchter Kreis, Experimentiererei, mittelalterliche, Petrefact, lapetingsche Tertiarperiode, Importirer, Kinnokratie, Weisjudenthums, hinausgeschmissen, Triflore-schwenker, abgetheilten, souveräner Unverstand, souveräne Unwissenheit, reine Lächerlichkeit, bonapartistische Bande, inbronstirte, explosivischen, Bloisfestel am Rasenringe, Sonntagsgugelhause, Pfaffenmühle, beispiellose Frechheit, notorische Unfähigkeit, Butcherisch, Emeutenfeil, Laichendieb, Selbstermuth, Impotenz, gemeine Injustizie, Landknecht-schaft, Pflaster, Boltsdummheit, schlechte Musikanten, in Unterthänigkeit ererbende Parzellendäume verübten Hofrathlichkeit.“ Amen.

Ich hatte gerade vortretenden Auszug beendet, als meine Fran mich — ich weiß nicht mehr aus welchem Grunde — zu zanken begann. Laut fing ich an die Scherr'schen Ertrakte herunterzuleiern. Das half; vor solchen Worten verstand man selber Sprachungen. Seit dieser Zeit trage ich das Manuscript als Amulet bei mir.

Kurt Roof.

## Ein Frühlingslied.

(Am Stil des Johannes Scherr.)

Die weil der Benz nicht kommt, der Keil,  
Inmitten wir ihn längst ersehen,  
Drum wird in keiner Wiederpeel'  
Aus unserm Schnabel er erwähnt.  
Und derowegen sanken wie  
Nacht in eigenster Manier,  
Und haben solcher Naken an:  
Da Katalascha, Kalschan,  
Maullesel, Schwindler, Narr, Gyllop!  
Und schweigen daß, eh' wir zu groß.

Kurt Roof.

und das „Leipziger Tageblatt“. Für Prof. Böhmert ist zur Beurtheilung des Arbeitsmarktes in ganz hervorragender Weise die Zahl und der Inhalt der Inserate in den geleiesten Lokalblättern maßgebend; und da sich herausgestellt habe, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot übersteige, so sei es mit dem Nothstande nicht weit her. Einem wirklichen Nothstande aber solle man mit anderen Mitteln als durch Privatwohltätigkeit zu Weibe gehen — mit der Auswanderung. Welch tiefe Weisheit! Schade nur, daß den nothleidenden Arbeitern mit wohlfeilen Rathschlägen nicht gedient ist. Das „Leipziger Tageblatt“ dagegen hat herausgedüffelt, daß die Arbeit jetzt wieder flott geht, nur sei bedauerlich, daß die Preise der Waaren und so auch die Arbeitslöhne mehr und mehr sinken. Wenn die Arbeit flott geht und die Arbeitslöhne mehr und mehr sinken, dann ist allerdings der Nothstand vorbei — d. h. der Nothstand der Fabrikanten. Und in der That, was kümmert diese Herren der Nothstand der Arbeiter? Viel Arbeit, wenig Lohn! so ist's recht.

Zur Arbeiterbewegung in der Schweiz. Am 20. Mai wurde in Neuenburg der fünfte Congress des Schweizerischen Arbeiterbundes eröffnet; an den Beratungen des Congresses nahm diesmal auch der früher mehr nach rechts hinneigende „Grätliverein“ regen Antheil. Von besonderer Wichtigkeit für die fernere Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Schweiz sind die folgenden Beschlüsse, welche auf Vorschlag unser eswadern Genossen Joh. Ph. Weder gefaßt wurden: 1) Der Schweizerische Arbeiterbund und der Grätliverein bilden die Grundlage der sozialdemokratischen Partei; 2) die Sektionen des Arbeiterbundes und Grätlivereins an einem durch Urabstimmung gewählten Orte ernennen ein Centralcomité, das die Oberleitung zu führen hat und mit den beiden Organisationen in steter Verbindung steht; 3) bestimmt, daß durch dieses Comité in allen Städten und Distrikten Vollzugsorgane zu bestellen sind; 4) legt fest, daß alle Ausländer gleichberechtigt sind, während 5) die Bestimmung aufgenommen ist, daß die Statuten des Arbeiterbundes und Grätlivereins nur soweit abzuändern sind, als sie mit dieser Organisation im Widerspruch stehen. Als Sitz des Comités wird Zürich und Bern vorgeschlagen. — Zur Ausführung dieser Beschlüsse soll in folgender Weise vorgegangen werden: Der Congress wählt einen Ort, welcher die einleitenden Schritte zu thun hat. Die Commission setzt sich mit dem Centralcomité des Grätlivereins in Verbindung, arbeitet einen Programm- und Organisations-Entwurf aus, welchen sie der Urabstimmung vorlegen wird.

In Amerika macht die sozialistische Bewegung die erfreulichsten Fortschritte. Wie wir der letzten Nummer des „Milwaukee Sozialist“ entnehmen, hat sich in St. Louis ein „Arbeiterpreßverein“ gebildet, der demnächst ein Tageblatt: „Die Volksstimme des Westens“ herausgeben wird. Die Vereinigten Staaten haben dann drei täglich erscheinende sozialistische Zeitungen in deutscher Sprache und in größtem Format (mehr als doppelt so groß als das des „Vorwärts“): den oben genannten „Milwaukee Sozialist“, den „Chicago Sozialist“ und „Die Volksstimme des Westens“. Die Zahl der sozialistischen Wochenblätter in den Vereinigten Staaten beläuft sich unseres Wissens auf fünf in verschiedenen Sprachen: drei deutsche und zwei englische.

## Congress der deutschen Sozialdemokratie.

Als Delegirte sind weiter angemeldet: Lübeck: J. Gever. Cottbus: O. Kappel. Bremerhaven: W. Frid. Magdeburg: W. Habermann. Sonneberg: H. Dehne. Strießen: W. Paschky. Erfurt: Fr. Klute. Breslau: C. Just. Dahnenberg: J. Lange. Achim-Verden: Lingner. Diegnitz: Kler. Schlesinger. Reichenbach-Neurode: Aug. Kühn. Harburg: J. Steffens. Greiz: J. Kuer. Rühlheim a. Rhein: E. Weismann. Pforzheim-Carlstraße: Chr. Lehmann.

Hamburg, den 23. Mai 1877.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
J. A.: J. Kuer, Pferdemarkt 37.

## Aus der „Neuen Welt.“

San Francisco, 25. April 1877.

Bevor ich das zweite Drittel meiner gegenwärtigen Reise um die Welt, zunächst nach den Sandwichsinseln und Australien, antrete, will ich Euch zur Veröffentlichung im „Vorwärts“ einiges von meinen seit beinahe acht Monaten auf amerikanischem Boden gemachten Beobachtungen mittheilen.

Um aber ein richtiges Bild von den gegenwärtigen Zuständen in den Vereinigten Staaten geben zu können, muß ich vergleichsweise einen kurzen Rückblick auf die Erfahrungen meiner zwei früheren Reisen in Nordamerika werfen.

Vor 25 Jahren, bei meinem ersten Besuche, sah es im Vergleich zum alten Europa, wo kurz zuvor mit Hülfe der Bajonette Gewaltstöße auf Gewaltstöße zur Niederhaltung der freien selbständigen Entwicklung der Völker gefolgt waren, materiell sehr günstig aus. Einheimische, wie frisch Eingewanderte kamen rasch und leicht zu Verdienst und fand bei niedrigen Böllen ein reger Verkehr zwischen europäischen, namentlich englischen, französischen und schweizerischen Fabrikanten\*) und den einheimischen Bodenenergiekräften statt. Diese Finanzpolitik war das Werk der damals in der Bundesregierung, sowie in den meisten einzelnen Staaten am Ruder befindlichen Partei der Demokraten oder Sklavenhalter, unterstützt von den Großhändlern der östlichen Staaten und von dem katholischen, hauptsächlich äußerst zahlreichen irischen Pfaffenstamm. Außer Bereicherung ihrer Parteiagenten mit gewinnbringenden Beamtenstellen thaten diese Ausbeuter par excellence wenig oder gar nichts für Aufklärung und Pflege der Schulen, und nährten sie insbesondere den Haß gegen das von der Reaktion aus dem alten Vaterland vertriebene harte Kontingent freisinniger, gebildeter, Tüchtiger, Gehärgter und Schulvereine gründender Deutschen. Das „damned ditchman“ (verfluchter Deutscher) konnte man damals bei jedem Schritt und Tritt hören.

Den Demokraten opponirte, doch ohne auch nur vorübergehend zur Herrschaft gelangt zu sein, die Partei der „Whigs“, welche Erhöhung der Jölle für Schaffung einer einheimischen Industrie, Verbesserung und Ausbreitung der Schulen und Befreiung der Sklaverei verlangten und dem eingewanderten Element freundlich und die Vorläufer der völlige Abschaffung der Sklaverei fordernden Abolitionisten waren.

Bei meinem zweiten Besuche vor 5 Jahren mußte ich im höchsten Grade über den Fortschritt erstaunt sein, welchen die Vereinigten Staaten in dem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum von 20 Jahren gemacht hatten. Die Demokraten, machtlos und von den Bundesämtern verdrängt, konnten nur mit theilweiser

\*) Deutschland wie Italien war damals im Fabrikwesen für den Export noch sehr zurück. H. G.



Aufhebung ihrer alten Grundsätze als Partei fortvegetieren und hatte sich 1860, am Vorabend der ersten Erwählung Lincolns, aus den Whigs, Abolitionisten, den Deutschen und dem patriotisch gesinnten Theile der nördlichen Demokraten eine große mächtige Partei unter dem Namen „die republikanische“ gebildet, welche mit der Aufopferung von einer halben Million Menschen und der Kontrahierung einer Staatsschuld von 15 Milliarden Franken die Union vom Zerfalle gerettet, die Sklaverei abgeschafft, unter Lincoln eine ehrliche Verwaltung eingeführt, mit Staatsmitteln die Gemeinde zur Errichtung von unentgeltlichen konfessionslosen Schulen unterstützt und mit Erhöhung der Löhle eine für Europa gefährliche Industrie in allen Zweigen geschaffen hat. Besonders während des deutsch-französischen Krieges, der einen großen Theil der europäischen Ausfuhr verhinderte, sind die Fabriken zu Tausenden, wie aus dem Boden gezaubert, entstanden und mit Hilfe geschickter europäischer Arbeiter in Betrieb gesetzt worden. Die Arbeiter hatten da allerdings gute Zeiten, die während meiner damaligen Anwesenheit noch existierten, und war keiner ohne Platz, außer wenn er mit seinen Kameraden für Erhöhung der Löhne oder für Verkürzung der täglichen Arbeitszeit Strike machte. Freilich erkannte ich als Freihändler damals schon das Gefährliche der Schaffung einer künstlichen, auf die Dauer selbst mittelst Hölle nicht haltbaren Industrie, und war es in jener Zeit ein großes Verdienst von deutsch-amerikanischen Parteigenossen, wie Sorge, Karl, Bremmer u. A., inmitten der Strömung allgemeiner Zufriedenheit von Newyork aus Arbeitervereine mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei des alten Vaterlandes zu gründen und auf die Gefahren hinzuweisen, welche für die Arbeiter entstehen, wenn die Fabriken bei Aufrechterhaltung des ehernen Lohngesetzes sich mit Hilfe und auf Kosten der Arbeiter in guten Zeiten bereichern, in schlechten Zeiten aber die hilflosen Arbeiter entlassen.

Am wieder auf das politische Gebiet zu kommen, war auch schon vor fünf Jahren wahrzunehmen, daß es mit der Administration unter Grant nicht mehr so ehrlich wie unter Lincoln zugeht, und daß in der republikanischen Partei, gerade wie früher in der demokratischen, die „Wire-pullers“ (Drahtzieher), die beaufsichtigen Beamten und Eisenbahn- und Bergwerksunternehmer den Präsidenten zu ihrem Werkzeuge zu machen und für ihr persönliches Interesse die Gefühle der Nation zu leiten suchten. Gegen diese Mißbräuche suchte sich hauptsächlich unter der Führung von Karl Schurz von den Deutschen ausgehend, kurz vor der zweiten Wahl Grant's eine neue Partei, die Reformpartei — mit Horace Greeley als Präsidentschaftskandidat — zu bilden, drang aber nicht durch, weil die Masse bei den guten Zeiten noch zu sehr mit dem Jagen nach dem „allmächtigen Dollar“ beschäftigt war und für Reformen in der Administration gleichgültig blieb. Auch hatte Schurz nie die Unterstützung der Radikalen und der Arbeiter für sich, weil er keine Abänderung der Constitution zur Herstellung einer bessern Republik vorgeschlagen.

So stand es hier vor fünf Jahren, und reiste ich damals mit der Ueberzeugung nach Europa zurück, daß eine Republik trotz noch vorhandener Gebrechen und Schattenseiten mit der absoluten Freiheit der Presse und der Versammlungen, mit dem Recht und der Befugniß der gesetzgebenden Körper, auch wirklich Gesetze zu machen und zu deren Durchführung den Präsidenten und seine Minister zu zwingen, und ohne eine nennenswerthe Armee\*) immer noch besser und ausbildungsfähiger ist, als eine Monarchie mit einer übermäßig großen, die Hülfsquellen des Volkes erschöpfenden Heeresmacht und einem Parlamente, das aus eigener Initiative keine Gesetze machen und höchstens Regierungsvorlagen annehmen oder ablehnen kann.

Als ich nun zum dritten Male im September vorigen Jahres den amerikanischen Boden betreten hatte, fand ich seit den verfloffenen fünf Jahren Manches verschlechtert statt verbessert, eine Art Rückgang der Vereinigten Staaten in materieller, politischer und, ich möchte fast sagen, auch in moralischer Beziehung.

Amand Gögg.

(Schluß folgt.)

## Correspondenzen.

**Berlin, 21. Mai.** Die Wahlbewegung ist in den beiden letzten Wochen rüstig vorwärts geschritten. Herr Hasenclever hielt in denselben drei Vorträge, die von den nach Tausenden zählenden Versammlungen mit großem Beifall aufgenommen wurden. Am vorigen Donnerstag sprach auch Herr Liebknecht vor einer Versammlung von mehr als dreitausend Menschen über die gegenwärtige Lage Europas. Die Versammlung versprach zum Schluß einstimmig für die Wiederwahl Hasenclever's eintreten zu wollen. Zu derselben war übrigens Eugen Richter brieflich eingeladen, um seine hinter verschlossenen Thüren gegen die Sozialdemokratie und Herrn Hasenclever ausgesprochenen Verleumdungen zu beweisen oder wenigstens öffentlich zu vertreten. Er erschien natürlich nicht. Jetzt hat Herr Hasenclever ihn nochmals selber brieflich aufgefordert, in einer diese Woche (am 24. d.) stattfindenden Versammlung seine Behauptungen zu vertreten, und man ist ungemein gespannt, ob er erscheinen wird. — Der Wahltag ist immer noch nicht angefeht, er wird wahrscheinlich erst in die Mitte des Juni fallen. Uns ist es gleichgültig, wir werden nichts versäumen; wir haben nur Mitleid mit der armen Fortschrittspartei, deren Candidat, Herr Ludwig Loewe, noch nicht einmal Zeit zu einer Candidatenrede gefunden hat und deren Ferkelungsprozess überhaupt schneller vor sich zu gehen scheint, als selbst wir angenommen haben. — Für den nächsten Wahlkreis denkt selbige Partei den Landtagsabgeordneten Zimmermann aufzustellen, doch wollen wir ihr auch hier das Leben recht sauer machen. Der oben erwähnte, von Hasenclever an Eugen Richter geschriebene Brief lautet:

Berlin, den 19. Mai 1877.

Herrn Reichstagsabgeordneten Eugen Richter,  
Wohlgeborenen hier.

Wie die Zeitungen berichten, haben Sie im Vorsiglichen Saale in einer Versammlung der Fortschrittspartei, die Mittwoch den 9. d. M. stattfand, allerlei unbegründete Angriffe gegen die Sozialdemokratie und gegen meine Person gerichtet. Da zu jener Versammlung den Sozialdemokraten der Zutritt verboten war, so konnten Ihre Angriffe dort eine Widerlegung nicht finden. Ich fordere Sie deshalb auf, in einer auf Donnerstag, den 24. Mai e., im großen Saale der Norddeutschen Brauerei, Schauffstraße 54, stattfindenden Allgemeinen Wählerversammlung, zu welcher Jedermann freien Zutritt hat, zu erscheinen, um dort Ihre Angriffe zu rechtfertigen. Es wird Ihnen gleiche Redezeit und Redefreiheit wie mir zu Theil werden. Erscheinen Sie nicht, so muß jeder anständige Mensch annehmen, daß Ihre Angriffe auf Entstellung und Unwahrheit beruhen.

Es zeichnet mit Achtung W. Hasenclever.

**Berlin.** Am letzten Dienstag fand in der Sophienstraße eine zahlreiche Volksversammlung statt, in welcher die Parteigenossen Finn, Frische, Scottlau, D. Kapell, Hasenclever und Most als Delegirte zum Sozialistencongrès gewählt wurden. Am Freitag den 18. Mai hatte in demselben Lokale eine Diskussion über etwaige Anträge, welche zum Congreß gestellt werden sollten, stattgefunden. Es wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß bei den Reichstagswahlen ein Parteigenosse nur in einem „offiziellen“ Wahlkreis aufgestellt werden solle, damit Doppelwahlen vermieden werden. — Ferner soll der Congreß auf eine größere Verbreitung der „Berliner Freien Presse“ in den Provinzen hinwirken. — Drittens sollen die längeren, wissenschaftlichen Artikel, wie diejenigen Engels contra Dühring nicht mehr im „Vorwärts“ Aufnahme finden; eine wissenschaftliche Beilage des „Vorwärts“ wurde geschaffen werden, in welcher derartige Abhandlungen abgedruckt werden. Zuletzt wurde noch der Antrag, das Centralorgan „Vorwärts“ nach Berlin zu verlegen, abgelehnt.

**Oßersleben.** Parteigenosse Zwickler aus Budau referirte hier am 13. d. M. in einer Volksversammlung über folgende Tagesordnung: 1) Die gedrückte Lage der Arbeiter Deutschlands; 2) die Sozialdemokratie. Gleich zu Beginn des von der Majorität der Versammelten mit Beifall aufgenommenen Vortrags machten sich einige, wie es schien angestrenzte, Gegner durch Dazwischenrufen bemerkbar, und ein Kaufmann hatte sogar die Stirn, diese Flegelien als parlamentarischen Brauch zu verteidigen. Aber wie an manchen anderen Orten, so hat auch hier das standalöse Verhalten unserer Gegner der Sozialdemokratie nur Vorstoß geleistet, und es kann dreist behauptet werden, daß die Sozialdemokratie in Oßersleben auf immer festen Fuß gefaßt hat. Am Schluß der Versammlung wurde Zwickler zum Delegirten für den Congreß in Gotha gewählt. Gösch.

**Braunschweig, 23. Mai.** Ein nachahmenswerthes Beispiel wird uns aus einer Cigarrenfabrik mitgetheilt. Dort werden jetzt bereits von allen Arbeitern wöchentlich 5 Pf. zum Reichstagswahlfonds gesammelt. Das Geld verwalten die Arbeiter unter sich; sie bewilligen den Einzelnen aus Darlehen bis zum Lohnstage, wofür ein Strafzins zu zahlen ist. Sie rechnen nun darauf, daß sie, wenn es sich um einen Wahltag handelt, obwohl sie nur eine kleine Anzahl bilden, mit einigen hundert Mark aufwarten und die faulieren und stümperigen Arbeiter-Collegen beschämen können. („Braunschweiger Volksfreund“.)

**Karlsruhe, 24. Mai.** Montag, den 14. Mai, wurde in unserem Parteilokale eine allgemeine Arbeiterversammlung abgehalten, welche leider — da nicht genügend für Publikation Sorge getragen werden konnte — nicht allzu zahlreich besucht war. Als Vorkühler wurde Unterzeichneter gewählt, als Schriftführer Herr Erber. Herr Lehmann aus Pforzheim referirte unter allgemeinem Beifall über „die Thätigkeit der Sozialisten im Reichstage“. Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Wahl eines Delegirten für den Sozialistencongrès in Gotha betreffend, wurde durch die einstimmige Wahl des Herrn Lehmann erledigt. Derselbe hatte auch in Pforzheim seitens der dortigen Genossen das Mandat übertragen erhalten. — Die Bewegung ist hier im Fluß, und will ich nur bemerken, daß sich hier eine Metallarbeiter-Gewerkschaft gebildet hat, welche bereits einige dreißig Mitglieder zählt. Emmerich.

**Trier, 16. Mai.** Endlich fängt es auch hier an, sich zu regen — hier in dieser Burg des Ultramontanismus. So sehr wir auch gewünscht, daß einer unserer Redner einmal hier käme, so war dies doch noch nie geschehen, bis Genosse J. Kaulitz aus St. Johann energisch die Agitation hier in die Hand nahm. Gestern Abend sprach derselbe im Saale des Herrn Hirsch, wo sich Arbeiter und Kleingewerbetreibende äußerst zahlreich versammelt hatten, über „unser Ziel“ und erörterte dabei in klarer, gründlicher Weise unser Programm, um dann nach einer längeren Pause sich noch in zweifelhaftem Vortrage über „Autoritätsglauben und die Freiheit des Individuums“ zu verbreiten. Stürmischer, anhaltender Beifall ward dem Redner zu Theil, der sich auf allgemeinen Wunsch auch zur Uebernahme des Mandats der Stadt Trier für den Gothaer Congreß bereit erklärte; dasselbe wurde ihm einstimmig übertragen. Der Stein ist in's Rollen gerathen, der Kampf aufgenommen, — möge es uns gelingen, den Schwarzen den Platz zu entreißen. Ein schwerer, heißer Kampf wird es werden, aber Sozialisten verzweifeln nicht. Also vorwärts für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit. F.

## Zur Beachtung.

Nach allen Orten, aus welchen seit August 1876 irgend welche Geldsendungen an den Parteifassirer A. Weid in Hamburg gekommen, sind, so weit Adressen vorhanden waren, im Laufe vergangener Woche Abrechnungen (vom 12. August 1876 bis 8. Mai 1877) verfaßt worden.

Reklamationen sind an Weid, Ködingsmarkt 12, zu senden.

Wir bringen hiermit zur Kenntniß unserer Parteigenossen, daß wir vom 1. Juli d. J. ab am hiesigen Plage ein eigenes, vorläufig einmal wöchentlich erscheinendes Blatt unter dem Titel:

## „Freie Volksstimme“

herausgeben werden. Der Preis ist auf 1 M. per Quartal (frei in's Haus) festgesetzt.

St. Johann-Saarbrücken, im Mai 1877.

Die Redaktion und Expedition:  
A. Hasenclever, D. Kaulitz.

## Briefkasten

der Redaktion. Hr. G. — Ich in Berlin: Man sagt mir, daß Sie gegen den „Vorwärts“ hegen und uns dahnische Kutscher in's Nest zu legen bemüht sind. Wenn Sie dabei beharren, werde ich einen gewissen Brief veröffentlichen, in dem Sie sich mit berechtigter Feindschaft als „des Vertrauens nicht mehr werth“ bezeichnen. W. — I. in B.: Auch Sie sind „enttäuscht“ über die „Mauschelnoritz“. Essen gestanden — die Sache ist das Papier nicht werth, das am sie verschrieben worden ist. Es will uns übrigens bedanken, daß auch Sie noch in „Nationalismus“ drinstecken. Wenn man der deutschen „Nation“ ihre Fehler vorhält, fühlen wir uns nicht „beleidigt“ oder „verleßt“. Den Grund, warum Juden, die in das borbussisch-hauvinische Horn blasen, uns besonders widerlich sind, haben wir bereits angedeutet. — Voriges Jahr war uns schon einmal Ähnliches passiert. Es handelte sich um eine redactionelle Bemerkung zu einer Phrase Bamberger's. Derselbe hatte in einer Rede zu Dresden seine nationale Gesinnung betont, und hinter das Wort „national“ hatten wir in Klammern gesetzt: Jüdisch-national oder Deutsch-national, Hr. Bamberger? Dies führte zu nachfolgendem Briefwechsel:

An die Redaktion zc.

„Als herzlich und aufrechter Genosse Ihrer politischen Ideen richte ich gelegentlich Ihres neulichen Berichtes über Bamberger's Rede in Dresden diese wohlgemeinten Zeilen an Sie und bitte Sie, denselben einige Beachtung zu schenken.“

Unsere Partei ist seit der Verhandlung über den § 130 der Strafgesetznovelle in eine neue Entwicklungsphase getreten, indem jetzt endlich die Masse, welche sich „gebildet“ nennt, aufgehört hat, die Sozialdemokratie als etwas Indiscutables zu betrachten, aufgehört hat, einen Gebildeten, der sich Sozialdemokrat nennt, vornehm als einen

Schwärmer zu belächeln und endlich sich herbeiläßt, nach dem Wesen und den Absichten jener Partei zu fragen.

Von mehreren Seiten ist mir gelegentlich solcher Unterhaltungen die Bitte geworden, unsere Parteiorgane bald hier-, bald dorthin zu leihen, einer Aufforderung, der ich stets gern nachgegeben bin, doch lenkt dieser Umstand, daß unser Publikum anfängt, ein größeres zu werden, meine Aufmerksamkeit auf einen Uebelstand, vor dessen Verhütung ich nicht dringend genug warnen kann: Sie zeigen z. B. in dem oben erwähnten Artikel eine unentschuldbare Feindschaft gegen das Judenthum, die der Partei von Marx und Lassalle fern liegen sollte, und vor allem nicht in die Presse einer Partei gehört, die nur in Verbindung mit den edelsten, reinsten und vorurtheilsfreiesten Anschauungen gedacht werden kann.

Warum Bamberger vorwerfen, daß er ein Jude ist, warum ihn fragen: „jüdisch-national, Herr B., oder deutsch-national?“ Unsere Partei muß selbst den Schein so niedrigen Denkens vermeiden; denn je feiner, je (verzeihen Sie den Ausdruck) anständiger unsere Presse sich zeigen wird, desto mehr haben wir auf moralische Erhebungen in jener Sphäre zu rechnen, welche doch nun einmal ein großer Theil des Volkes gewohnt ist, als tonangebend zu betrachten, weil sie das Kapital und die Bildung für sich hat.

Ich bitte Sie, keine meiner Bemerkungen irgendwie mißdeuten zu wollen, da sie dem reinen Interesse für die gute Sache entspringen, auch wollen Sie nicht glauben, daß ich — als Jude — pro domo sprechen will, aber ich kann die Stimmung in den Kreisen der gebildeten Juden und mache Sie darauf aufmerksam, um der Partei zu nützen.

Die Juden, das heimathlose Volk, dessen Sagen fern im Osten wurzeln, sie waren stets international und revolutionär, wo nur immer Bündnisse für solche Gefühle zu finden war, und wir würden uns eher nützen mit einer Befreiung, aber ihren intimen Zusammenhang mit unserer Partei, als mit jener bisher leider beliebten Art und Weise der Verunglimpfung. Es ist ein Fehler, wenn wir „Juden“ und „Kapital“ identifizieren wollen, vor dem nachdrücklich zu warnen ist; zumal wenn wir in unserer Entwicklung zur „Bekanntheitslosigkeit“ der Massen gelangen wollen, mit welcher Anschauung zu soletieren, rathamer wäre! Ich zc. mit sozialdemokratischem Gruß

Der 37jährl. K.

Darauf wurde erwidert:

„Hochgeehrter Herr!“

„Jetzt erst komme ich dazu, Ihren Brief vom vorigen Monat (Datum fehlt) zu beantworten.“

Sie haben die betreff. Notiz ganz und gar mißverstanden. Die Frage: „jüdisch-national oder deutsch-national, Herr Bamberger?“ soll und kann nur den Einen Sinn haben, das Abjurde des Bamberger'schen Reichs-„Nationalismus“ voll hervortreten zu lassen. Wenn ein Germane in Deutsch-„Nationalismus“ macht, so ist das einfach stupid, wenn aber ein Jude in Deutsch-„Nationalismus“ macht, so ist das doppelt und zehnfach stupid oder — schäuflich.

Niemand weiß besser als ich die Verdienste der Juden um die Cultur und speziell um unsere Bewegung zu schätzen; allein wenn es ein Volk giebt, das durch seine Vergangenheit und seine gesammten Existenzverhältnisse auf den Kosmopolitismus angewiesen ist, so sind das die Juden. Und ich betrachte daher auch jeden Juden, der in das borbussische Nationalismus-Horn bläst, als einen Verräther.

Leipzig, 13. April 1876.

H. Liebknecht.

Freund K. war durch diese Antwort so befriedigt, daß er uns den Wunsch aussprach, sie zu veröffentlichen, was hiermit nachträglich geschehen ist — trotz der nicht ganz „parlamentarischen“ Fassung, die aber bei einem Privatbrief gewiß zu entschuldigen.

Eberhard in Hamburg: Wir können Ihre Kritik auf die in Nr. 57 des „Vorwärts“ enthaltene Erwiderung des Hrn. Meyer nicht aufnehmen; Sie hatten einmal das Wort, gleich Hrn. Meyer — der Streit muß nun innerhalb der Gewerkschaft ausgefochten werden. Haben Sie sich zu beschweren, so bietet die Organisation Ihnen die geeigneten Mittel und Wege. Der „Vorwärts“ kann sich unter keinen Umständen zu einer Polemik mit Behörden des Bundes der Tischler oder einer sonstigen Gewerkschaft gebrauchen lassen.

Quittung. Dr. Bismarck Wien Schr. 7,80. Hsfr Mainz Ab. 14,00. Adl Halle Ann. 0,20. Omsld Göttingen Schr. 5,00. Trgr Dresden Schr. 25,29. Cpy Graz Schr. 6,31. Bekrdt hier Ab. 3,00. Wym Andreasberg Ann. 1,80. Arth Limbach Schr. 5,00. Prtg Eisenach Ann. 0,50. Exped. des „Hamb.-Altonaer Volksblatt“ Ab. 300,90. Trst Kleinshocher Ab. 1,50. Wlr Leipzig Ab. 8,25. Luf Pilschen Ab. 4,00. Schr. 3,85. Wrt Verden Ab. 15,60. Hllng Hlensburg Schr. 11,20. G. Hr Schm.-Gmünd Ab. 10,00. Vrla Potsdam Ab. 7,50. Schr. 2,50.

Valentin Engelhardt, zur Zeit in Ipehoe (Holstein), wird um seine genaue Adresse gebeten.

Wilhelm Laurid, Jagen, Jerslohn Str. 4.

Um Auskunft über die Adresse E. Fenske's, Schneider, bitten Parteigenossen Eisenach.

## Anzeigen zc.

**Hamburg.** Allgemeiner deutscher Töpferverein. Dienstag, den 29. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hrn. Hübner, gr. Rosenstraße 37:

## Große öffentliche Versammlung

jämmtlicher Töpfer von Hamburg und Altona.

Tagesordnung: Der Normalarbeitsstag und sein Werth für die Arbeiter. G. Klaus. [80]

**Leipzig.** Allgemeiner Deutscher Schneiderverein. In unserem, am Sonntag, den 3. Juni, Abends 7 Uhr im „Elorado“ stattfindenden

## Kränzchen

ladet zu zahlreicher Betheiligung ergebenst ein

Das Comité.

**Leipzig.** Bund der Tischler u. verwandte Berufsge nossen. Die am 12. Mai gewählte Ordnerverwaltung besteht aus den Genossen Rudolf Willeke als erster und Hermann Schiffel als zweiter Bevollmächtigter, Kassirer ist Franz Wuttke.

Briefe und Anfragen betreffs Bundesagitation u. s. w. sind an R. Willeke, Warschauerstraße Nr. 78b. 4. Etage, zu richten. Das Kreisgeld für Bundesmitglieder zahlt Schiffel, Alter Kauschhof Nr. 2 1. Et. oder Hauptmannstraße, Fabrik Iselb und Bebel, zu jeder Tageszeit aus. J. A.: R. Willeke. [90]

## Eine intelligente Person

in Dresden wohnhaft, welche auf kirchlich durchaus negativem Standpunkte steht, wird gegen gute Entschädigung zu kleinen Dienstleistungen gesucht. (S. 30.)

Offerten unter A. B. an die Exped. d. Bl. [180]

Durch die Buchhandlung des „Vorwärts“ ist zu beziehen: „Das preussische Regiment“ vor Gericht.

Rede, gehalten von Ludwig Pfau zu seiner Vertheidigung vor dem Stadgericht zu Frankfurt a. M.

Preis: 30 Pf.

Inhalt: Vorwort. — Auszüge aus dem Münchener Kunstbericht. — Anklageschrift. — Gerichtsverhandlung. — Rede Ludwig Pfau's. — Urtheil.

Verantwortlicher Redakteur: A. Seiffert in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/11 in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.